

stimmt er nicht immer mit dem Stockmanchester-
mann Richter zusammen. Seitdem aber Berger
bei der jüngsten Reichstagswahl den eben fractionen-
genossen auf eine wahrhaft vernichtende Weise
überholt hat, ist Richter vor Allem bestrebt,
den sachkundigen und beredten Kollegen un-
möglich zu machen. Als nun der Abgeordnete
Berger ruhig in die Fractionversammlung der
Fortschrittspartei kam, war eine gewisse
Elite hierüber nicht wenig erstaunt. Um den
verhassten Kollegen auf eine leidlich gute Manier
los zu werden, wurde von dem hohen fractionen-
rath beschloffen, die ganze Fortschrittspartei von
Grund aus zu reorganisiren und zwar auf Grund
des Programms von 1861. Jeder sollte dieses den-
kwürdige Schriftstück unterzeichnen, bevor er als ein
legitimes Mitglied der Fortschrittspartei bezeichnet
werden könnte. Man hoffte zuversichtlich, ja man
rechnete mit Bestimmtheit auf eine Beigerung Ber-
ger's. Allein Nichts von alledem geschah. Berger
unterzeichnete das bekannte Programm, zu welchem
er sich bis auf den heutigen Tag bekennt. Der
erste Angriff auf Berger's Position war somit
fehlgegangen. Allein auch die Gegnerschaft war
zähe genug und beschloß, den Versuch von einer
andern Seite her zu erneuern. Man diskutierte
die Stellung der fractionenmitglieder im preußi-
schen Abgeordnetenhaus und im Reichstage und
machte sich dahin schlüssig, daß selbstverständlich
die Mitglieder der Fortschrittspartei in dem einen
zugleich die geborenen Mitglieder des andern
Hauses wären. Inzwischen Berger wollte dieß
durchaus nicht in dem Sinn; er verhartete dabei,
Mitglied der Fortschrittspartei im Abgeordneten-
haus zu sein, und sagte dann hinzu, daß es nicht
Anderes hiesse, als ihn aufzufordern, sich zu ent-
fernen, falls noch weiter über diese Angelegenheit
diskutirt würde. Hierauf allgemeines und sehr
beredtes Schweigen aller im fractionenrath an-
wesenden Fortschrittlichen. Berger aber verließ
trotz alledem ruhig in der fraction; hatte er sich doch
eben durch die Unterschrift seines Namens auf weitere
drei Jahre der fortschrittlichen Fahne verpflichtet!
So war denn auch der zweite Angriff mißlungen.
Als aber die Fortschrittspartei aus ihrer Mitte
ein Mitglied in die Budgetcommission wählen
sollte, da fiel die Mehrzahl der Stimmen — auf
den Kollegen Berger. Der grimmige Eifer aber,
oder der Führer der „eisernen Brigade“, wie man
ihn scherzweise nennt, wird fortan seine Budget-
zahlenwesenheit nicht mehr in der betreffenden
Commission ablagern können. Der eben erwähnte
Vertrag ist für die vollständig unhaltbar ge-
wordenen Zustände innerhalb der Fortschritt-
partei sehr bezeichnend, allein man könnte dem
Zusatz dafür dankbar sein, wenn dieses Intermezzo
dazu beitrüge, um den Terrorismus Richter's
innerhalb der fraction zu brechen. Ist aber
dieß erst geschehen, dann fallen die Axtgrößen
von dem Schlege Parfüm ganz von selbst.

Die nationalen Wähler des ersten Berliner
Reichstagswahlkreises waren am Freitag
versammelt. Herr Heinrich Kochmann erklärte:
„Ich gehöre der Fortschrittspartei an, und Sie
werden sich deshalb vielleicht wundern, mich in
Ihrer Versammlung zu sehen. Allein der Name
„Friedenbed“ ist wohl geeignet, Fortschritt-
und nationalliberale Partei zu verbinden. (Be-
stimmter Beifall.) Die Fortschrittspartei hat un-
correct gehandelt, daß sie im ersten Berliner
Wahlkreise einen Mann aufgestellt hat, der weit
die von der Fortschrittspartei sich gezogenen
Grenzen überschreitet. Ich habe geglaubt, mich
von dieser Partei betreten zu lassen. (Beifall.)
Es wurden im Uebrigen Beschlüsse gefaßt, welche
darauf hingingen, die nationalliberale Agitation
in Berlin wirksam zu organisiren.

Dr. Rudolf Meyer, Herausgeber und Re-
dacteur der „Social politischen Correspondenz“
und früher der „Berliner Neube“, zuletzt Freund
und Genosse Joschim Gehlens's, stand dieser
Tage vor der I. Criminal-Abtheilung des Berliner
Kriegsgerichts unter der Anklage der verleum-
derischen Beleidigung des Reichskanzlers.
Die Anklage basirte auf einem Artikel der „Social-
politischen Correspondenz“ vom 5. October v. J.
unter der Ueberschrift „Ein Sensationsproceß“,
welcher die Nachricht der „Reichsglocke“ über die
angebliche Theilnahme des Reichskanzlers
an der Gründung der Central-Boden-Creditbank
besprach und behauptete, Fürst Bismarck habe sich
unter Mißbrauch seiner amtlichen Stellung in
gewinnflüchtiger Absicht daran betheiligt.
Der Artikel bezichnete diese Theilnahme des Reichs-
kanzlers als eine Bestechung. Der Angeklagte
bestreitet, sich der Beleidigung des Reichskanzlers
schuldig gemacht oder dieselbe auch nur beabsichtigt
zu haben. Im Prozeßes sehe, daß die Corre-
spondenzen nicht unter die bezüglichen Bestimmungen
dieses Gesetzes fallen, und obwohl er später die
Erklärung gemacht, daß der Richter diese Aus-
nahme nur für die meteorographischen Corresponden-
zen statuirt, so glaube er auch heute noch, daß
der Gesetzgeber auch die in Buchdruck hergestellten
Correspondenzen nicht habe ausschließen wollen.
Näherdem seien die Correspondenzen nicht Publi-
cationen im Sinne des Pressegesetzes, da dieselben
nur den Redactionen zugänglich seien. Es wäre
einzunehmen, wenn man die Correspondenzen als
solche ebenfalls unter Anklage stellen wollte.
Außerdem sei der Artikel Nichts weiter als
ein Referat, und durch das, was er selber
hinzugesetzt, glaube er sich grade ein Verdienst
um den Staat erworben zu haben. Die Be-
schuldigung, der Reichskanzler habe sich an
finanzellen Gründungen betheiligt, sei ja durch-
aus nicht neu, sie seien weit verbreitet. Der
verstorbene K. v. Bedemeyer haben ihn, den
Angeklagten, selbst schon früher angefordert, für
die Kreuzzeitung Artikel über die Betheiligung
Bismarck's an finanziellen Internummen zu
schreiben, was er jedoch abgelehnt habe. Später
habe Dr. Perrot directe Erkundigungen über die

Verbindung Bismarck's mit Bleichröder bei ihm
einzuziehen versucht, selbstverständlich ohne Erfolg.
Auch habe ihm ein Verwandter Bismarck's ver-
sichert, daß der Fürst überhaupt nicht speculire,
und dies habe für ihn viel mehr Werth und Ge-
wicht gehabt, als alle Versicherungen Bedemeyer's.
Als dann später die Artikel in der Kreuzzeitung:
„Die Herr Bismarck-Bleichröder“ erschienen seien,
habe er Bedemeyer gratulirt, daß die Kreuzzeitung
sich endlich mit wirtschaftlichen Fragen beschäftige;
als aber die Artikel fortgesetzt wurden, glaube
er die Kreuzzeitung warnen zu müssen, auf diesem
Wege der Verdächtigung des ersten Edelmannes
des deutschen Reiches fortzuwandel. Bedemeyer
habe ihm trotzdem fort und fort versichert, daß
die Behauptungen in Betreff der Verbindung
Bismarck's mit Bleichröder wahr seien. Der
ganze Jwed der Artikel sei wohl nur der gewesen,
den Reichskanzler in eine mehr conservativ
Strömung zu bringen, was ja auch gelungen sei.
Er habe also zunächst Alles gethan, um die Ge-
rächte aus der Presse fern zu halten, weil er die-
selben auf Grund der Aussage des Verwandten
Bismarck's für falsch und deren öffentliche
Anführung für einen politischen Fehler hielt,
der nur den Gegnern der deutschen Politik zu
Gute käme. Später erschien dann die zweite
Serie der Gröndelberedigungen in der „Reichs-
glocke“. Auch davon habe er abgerathen, denn
wenn auch jeder Preuze das Recht habe, etwaige
Irrungen des keineswegs unfehlbaren Fürsten
Bismarck auf politischem Gebiete zu bekämpfen,
so ziewe es sich doch nicht, Mädel auf den Charakter
einer Person zu werfen, wenn man nicht von der
Wahrheit ganz fest überzeugt sei. Das sei für
ihn aber bei den v. Bedemeyer'schen Briefen nicht
der Fall gewesen, und deshalb habe er die Ver-
öffentlichung dieser Briefe in der „Reichsglocke“
nicht gestattet. Nach Veröffentlichung der v. Dieß-
Daber'schen Broschüre seien aber die Gerächte
über die Bismarck'schen Verbindungen auch in den
vornehmsten Kreisen ganz offen aufgetreten, und
in öffentlicher Sitzung des Union-Clubs wurde
von v. Bedemeyer eine Wette darüber angeboten,
daß der Reichskanzler bei der Bodencreditbank
mit etwa einer halben Million zum Course von
106—108 betheiligt gewesen sei, und sich die
Differenz habe herauszahlen lassen, ohne je eine
Einzahlung geleistet zu haben. Dieß-Daber habe
dies offen bei Töpler am Bierisch erzählt.
In der v. Dieß-Daber'schen Broschüre werde
immer nur von dem Ungenannten gesprochen, ob-
wohl Jeder wußte, wer damit gemeint sei, und
daburd, daß die Sache in der „Reichsglocke“ zur
Sprache kam, sollte nur dem Fürsten Gelegenheit
gegeben werden, sich zu rechtfertigen. Die Zeugen,
die von ihm genannt seien, habe er nur deshalb
namentlich gemacht, um die Behauptungen zum
Beweis zu bringen. Er hätte ferner auf das
Zeugniß des Geh. Rath Wollay recurriren können,
der die Revision des Statuts zu bearbeiten und
erklärt hatte, dasselbe enthalte zwar mehrere Un-
regelmäßigkeiten, sei aber auf Befehl des Reichs-
kanzlers bestätigt worden. Herr von Blandenburg
habe ferner öffentlich erklärt, Bismarck
habe ihm gegenüber eingeräumt, daß die Sache
sich so verhalte, wie sie erzählt werde. Wenn
er nach Talschau's Verurtheilung nun auch
die Gewissheit habe, daß eine Confessal-
betheiligung des Fürsten nicht stattgefunden
habe, so bedaure er doch, daß die Staats-
anwaltschaft nicht auch aus der Gegenpartei
Zeugen entnommen habe, um damit auch die letzte
Möglichkeit abzuschneiden, hinter dem Ofen und
in den Cluub sich allerlei läbliche Dinge zuzuramen.
Er habe nur dazu beitragen wollen, daß der letzte
Neß des Verdachts verwirft und der Name des
Fürsten wieder hergestellt werde, auf daß nicht
eine Atmosphäre entstehe, in welcher die Früchte
der Socialdemokratie am besten gedeihen. Durch
die Bestrafung Talschau's aber und noch weniger
durch seine Bestrafung, der er die Verleumdung
nicht gepflegt, werde die Sache keineswegs klar
gelegt. — Rechtsanwalt Quentzsch beantragt,
über die eben gehörten Behauptungen den Beweis
zu erheben und Herrn v. Dieß darüber zu ver-
nehmen, ob er dem Angeklagten gegenüber die
Aussagen gethan, er habe von Herrn v. Blandenburg
gehört, daß der Reichskanzler diesem gegen-
über den Thatbestand mehr oder weniger zu-
gegeben habe. Nach dem Widerspruch des
Staatsanwalts gegen diesen Antrag ergriff der
Verteidiger nochmals das Wort, um den
Berichtshof zu bitten, sich auf einen höheren
Standpunkt zu stellen. Es handle sich hier nicht
um einen gewöhnlichen Proceß, sondern um das
Wohl und Bede eines Mannes, dessen Charakter
bisher fadenlos gewesen, und nicht weniger um
den Ruf des Fürsten Bismarck. Er halte es für
ein Verdienst des Angeklagten und für einen Beruf
der Presse, solche Sachen, wie sie auf solchem
Runde verbreitet werden, klarstellen zu helfen,
denn es sei ein Verdienst, die heimlich in den
Cluub x. schleichende Verleumdung aus Tageslicht
zu bringen, um sie widerlegen zu können. Er
bitte ferner, den Angeklagten gegen eine Caution
von 10,000 A. vorläufig aus der Haft zu ent-
lassen. Der Staatsanwalt widerspricht diesen
Anträgen, da nicht unbekannt Privatleute wegen
Verleumdungen offen aussprechen, dieselben mit seiner
Person zu decken habe. Durch solche Darlegungen
werde der Staat nicht gerechtfertigt. An anderer Stelle
sei erwiesen, daß alle diese Gerächte schändliche
Verleumdungen seien. Fürst Bismarck's Schild
sei blank, und die Verbreiter der Verleumdungen
hätten die Folgen persönlich zu tragen. — Der
Angeklagte bestreitet, daß bei seiner in 20 Exem-
plaren Auflage erscheinenden Correspondenz von einer
Verbreitung der angeblichen Verleumdung die Rede
sein könne, zumal die „Reichsglocke“ diese Mitthei-
lungen schon vorher in 3000 Exemplaren verbreitet

hatte. — Nach kurzer Berathung lehnte der Berichtshof den von dem Verteidiger gestellten Antrag,
v. Dieß-Daber als Entlassungsgenossen zu ver-
nehmen, als unerheblich ab. Der Verteidiger
beantragte demgemäß, in den Beweis der Wahr-
heit eintreten zu dürfen und die Herren v. Dieß,
v. Blandenburg, v. Kardorff, v. Bethmann und
v. Bleichröder darüber zu vernehmen, ob Fürst
Bismarck bei der Gründung der Bodencreditbank
zum Course von 106—108 betheiligt worden sei,
obwohl die Actien zu diesem Course an der
Börse nicht zu haben waren. — Der Staats-
anwalt widerspricht diesem Antrage, der Berichtshof
erachtete jedoch diesen Beweis für erheblich,
hob deshalb den Termin auf und beschloß, im
nächsten Termine die Herren v. Blandenburg,
v. Bleichröder, v. Kardorff und v. Bethmann als
Zeugen vorzuladen. — Der Angeklagte wurde
gegen die angebotene Caution von 10,000 A.
vorläufig aus der Haft entlassen.

Ueber den Uebertritt des Dompräbendars
Bauer in Kottbus zum Altkatholicismus
werden folgende Einzelheiten gemeldet: Bauer ist
der Sohn eines Lehrers in Regentheim, wurde
im Convent in Lübingen gebildet und besiedelt die
Stelle eines Dompräbendars seit ungefähr 5 Jahren.
Er erkrankte sich musikalischer Begabung und hatte
den Domchor, aus gemischten Stimmen bestehend,
einzuübren und zu dirigiren. Es war öffentliches
Geheimniß, daß er schon seit mehr als Jahresfrist
seine Stelle zu wechseln beabsichtige. So soll er
schon im Winter 1875 mit dem Cardinal Manning
wegen Uebernahme einer ähnlichen Stelle in
London unterhandelt haben, die Unterhandlungen
zerschlagen sich aber wieder. Auch weitere Be-
mühungen Bauer's um Erlangung einer Musik-
directorstelle sollen erfolglos gewesen sein. Jeden-
falls dachte kein Mensch an seinen Uebertritt zum
Altkatholicismus. Die Correspondenzen hierüber
wurden von ihm ganz geheim gehalten; erst am
Tage vor seiner Abreise von Kottbus vertraute
er sich einigen Freunden vom Laienstande an. Am
Dienstag, den 9. Januar, reiste er Morgens halb
6 Uhr mit dem Bahzug nach Forst-Worshelm x.
ab, nachdem er dem Bischof seinen Schritt angezeigt
hatte. Ein von Lepsterem gemachter Versuch, Bauer
zu sich zu laden, um ihn von seinem Schritte abzu-
bringen, scheiterte, da Bauer längst über alle
Berge war. Ueber die Gründe dieses seines
Schrittes existiren verschiedene Versionen. Thatsache
ist, daß sein Schritt im Allgemeinen keine Sympathie
findet, zumal da Bauer noch zwei Tage
vor seiner Abreise in der Domkirche predigte.
Inzwischen ist, wie telegraphisch gemeldet, gegen
Bauer von dem bischöflichen Ordinariate die Ex-
communication und die Suspension von seiner
Stelle verfügt, und diese Maßregel Sonntag, den
14. Januar, in beiden Kirchen von der Kanzel
verkündigt worden.

In der letzten Sitzung der italienischen
Deputirtenkammer wurde bei der Berathung über
den Gesetzentwurf, betreffend die Mißbräuche
bei der Geistlichkeit, vom Justizminister
die Zeitgemäßigkeit des Gesetzentwurfs hervor-
gehoben, sowie daß die größere Verantwortlichkeit der
geistlichen Behörden als eine Folge der Festigkeit
des gegenwärtigen Cabinets zu betrachten sei.
Das Papstthum erkenne allein die Vereinigung
Piemonts mit der Lombardie und Venetien an
und sehe in dem übrigen Italien nur gewalt-
thätige Fractionen. Dasselbe lasse die Geistlichkeit
für die politische Auflösung Italiens wirken und ver-
anlasse dadurch allerlei Mißbräuche. Der Minister
bat schließlich, die Vorlage ohne Änderungen an-
zunehmen.

Aus Wien wird unterm 20. d. M. telegraphirt:
Nach der Abreise der Botschafter von Konstanti-
nopol beabsichtigt die Partei ein „Raufest“
an die Bölder Europas zu veröffentlichen,
welches die Procedur der Censur darlegen soll.
Die gewählte Adresse — aus der Zeit der ersten
französischen Republik noch wohlbekannt — bürgt
für eine eben so prompte, als befriedigende Er-
ledigung des Streits (??).

△ Leipzig, 22. Januar. Wir empfangen von
gut unterrichteter Seite die Mittheilung, daß zu
dem im conservativen Lager eingetretenen
erfreulichen Umschwunge der politischen Anschau-
ungen in Bezug auf das bei den Nachwahlen der
Socialdemokratie gegenüber einzuhaltende Ver-
fahren wesentlich die Anregung aus den höchsten
sächsischen Regierungskreisen gekommen ist. Man
verkennt auch hier nicht mehr den Ernst der Lage
und erkennt, was das Wohl des Reiches und
Sachsens erheischt. Es wird uns weiter versichert,
daß das Ergebnis der Dreidner Wahl am
10. Januar in den Hofkreisen einen tiefen Ein-
druck hervorbrachte, von welchem Eindruck ins-
besondere eine an dem gedachten Tage statt-
findende Hoffentlichkeit betroffen wurde. Die Ein-
zelheiten der uns hierüber zugehenden verbürgten
Redung glauben wir bei Seite lassen zu können.

* Waldheim, 21. Januar. In wenigen Tagen
findet in unserem Kreise die engere Wahl
zwischen dem Candidaten der vereinigten Conser-
vativen bez. Agrarier und Fortschrittler, Kauf-
mann Walter aus Dresden, und dem Can-
didaten der nationalliberalen Partei, Fabrikbesitzer
Riethammer, statt. Es wird noch großer
Anstrengungen seitens der letzteren Partei be-
dürfen, wenn sie mit ihrem Candidaten durch-
bringen will. Für Walter wird hauptsächlich das
platte Land bearbeitet und da man hier ihn noch
zu wenig kennt, so werden seine Anpreisungen
häufig für bare Münze genommen und es ist
sehr leicht möglich, daß ihm die Vertretung des
biesigen Bezirkes zufällt. Die Städte des Kreises
sind zwar andernfalls für Riethammer, sie
werden jedoch durch die ländlichen Wähler majori-
tirt, wie schon der Ausgang der Wahl am
10. Januar gezeigt hat. Unklarheit besteht noch
in Betreff der Haltung der Socialdemokratie bei

der Stichwahl. Diese vermag allerdings mit
ihren 4000 Stimmen die Entscheidung ohne
Weiteres herbeizuführen.

△ Aus der Oberlausitz, 21. Januar. In
unserm 1. Wahlkreise ist gegenwärtig der Kampf
der Parteien wieder auf das Festigste entbrannt.
Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so neigt sich
die Waagschale entschieden zu Gunsten des seit-
berigen erprobten Abgeordneten Dr. Pfeiffer.
Eines dieser Anzeichen erblickten wir in dem am
17. Januar von dem Hittauer Gewerbeverein in
sehr stark besuchter Versammlung einstimmig ent-
schieden eingetreten. Dem Beschlusse voraus ging
ein Vortrag des der conservativen Partei ange-
hörenden Handelskammersecretairs Dr. Roscher,
welcher an der Hand von Thatsachen nachwies,
daß das Kleingewerbe in Dr. Pfeiffer einen
warmen Freund besitze, und seine Wahl auf das
Wärmste befürwortete. So sei Herr Pfeiffer
einer der wenigen Abgeordneten gewesen, welche
im Jahre 1874 den Beratungen des zu
Berlin abgehaltenen Gewerbeamtstages be-
gegnet hätten. Man kann unter solchen
Umständen hoffen, daß die conservativ Partei
Pfeiffer mitwählen wird. Die Wahl findet am
23. Januar statt. — Der im 2. Wahlkreise
wiedergewählte Professor Fröhlich hat auf seine
Wähler ein in warmen Worten abgefaßtes Dank-
schreiben gerichtet, in welchem er die Annahme der
Wahl erklärt.

— Der „Vogel. Anz.“ schreibt: In Wittweida
haben die Socialisten einen Sitz verloren, in
Freiberg dießmal nicht siegen können, in Schneeberg
geht es rückwärts mit ihnen, in Hof haben sie
abgewirkt. Jetzt kommen sie zu uns ins
Vogtland und ihre bezahlten Agenten und be-
soldeten Zutreiber halten hier ihre Ernte. Aber
die gesunde Vernunft unserer Arbeiter und größere
Müdigkeit des Bürgerthums werden auch hier den
socialistischen Eroberern und bezahlten Heeren
den so leicht eroberten Boden wieder abgeminnen.

— Aus Dresden wird der radical-demokra-
tischen „Frank. Anz.“ geschrieben: „Das be-
deutendste negative Ergebnis der Reichstagswahlen
in Sachsen ist der völlige Zusammenbruch
der Stellung der „Fortschrittspartei“. Im
Jahre 1871 repräsentirte sie mit 8 Mann noch
ein reichliches Drittel der sächsischen Reichstags-
abgeordneten. Heute ist sie auf 1 sichere Stimme
reducirt, der sich, wenn eine in Jittau ausstehende
Stimmzahl zu ihren Gunsten ausschlägt, höchstens
noch eine anreicht. Die kleine Schaar alibekannter
Namen, die zuletzt noch für die Wiederwahl ihres
Genossen Windmütz in Dresden eintrat, hat in
einer Weise Fiasco gemacht, die ihr die Wieder-
holung des Versuchs verleidet muß. Nach dreißig-
jährigem öffentlichen Wirken nicht die Hälfte der
Stimmzahl erlangend, die zwei bisher politisch
völlig bedeutungslosen Concurrenten rein (?) durch
geschäftige Agitation zugeordnet worden ist, das
beißt in formeller Weise abgethan werden. Die
sächsischen Fortschrittler theilen eben das Schicksal
ihrer Berliner Kollegen, mit deren Geschick sie
nun einmal das ihrige unlosbar verbunden haben.
Sie sind gestürzt durch die nämlichen Fehler wie
jene. Herrschsüchtig und tyrannisch, entfremdeten
sie sich Alles, was sie hätte auf die Dauer halten
können und brachten zugleich Nationalliberale und
Conservative, die sich bei den letzten Landtags-
wahlen in gleicher Weise von ihnen überdortheit
fanden, dermaßen gegen sich auf, daß durch deren
Zusammensinken Schaffrath des Präsidiums der
Zweiten Kammer verlustig und dieses wieder an
den conservativen Jittauer Bürgermeister Haber-
lorn überging. Seitdem hat der beiderseitige
Hof äppig sorggewahrt und auf dem Wahl-
schlachtfeld vom 10. Januar erröte die Partei,
was sie zuvor gesät. Schaffrath brachte es in
dem Wahlkreise, in dem er vor 10 Jahren über
seine späteren Nachfolger mit Glanz gesiegt, noch
auf ein paar Hundert Stimmen! Die Groß-
thaten von ehemals, der alte Ruhm, von dem die
Partei zehrte, sind vergessen. Mit dem dynasti-
schen ist auch der parlamentarische Particularismus
durch die Ereignisse überholt.“

Meteorologische Beobachtungen
auf der
Universitätssternwarte in Leipzig
vom 14. Januar bis 20. Januar 1877.

Tag	Barometer in Millimetern, reductirt auf 0°C.	Thermometer Celsius.	Relative Feuchtigk. in Procent.	Windrichtung und Stärke	Wolkenbestand des Himmels.
14.	6 756.10 + 1,5 94 SSE	1 trübe			
	2 754.45 + 3,2 93 SSE	1 bewölkt			
	10 752.17 0,0 96 S	1 bewölkt?			
15.	6 749.76 + 0,5 90 SE	2 fast trübe			
	2 749.86 + 4,2 78 SSW	2 fast trübe			
	10 753.25 + 2,6 96 SW	3 trübe?			
16.	6 756.62 + 3,4 97 SW	3 trübe			
	2 749.35 + 5,4 72 WSW	2 bewölkt			
	10 760.41 + 1,2 97 SSW	1 bewölkt			
17.	6 759.67 + 1,4 96 SSW	1 wolbig			
	2 757.59 + 2,4 80 S	2 fast klar			
	10 757.81 - 2,0 93 SSW	1 klar?			
	6 756.97 - 3,8 95 S	0 klar			
18.	2 756.90 + 0,6 76 SSW	2 fast klar			
	10 757.87 - 1,6 92 SSW	3 wolbig?			
	6 757.46 - 0,2 89 S	2 trübe			
19.	2 757.88 + 3,6 77 S	2 fast trübe			
	10 758.25 + 2,0 96 SSW	3 trübe?			
	6 759.08 + 2,6 109 SSW	2 trübe			
20.	2 759.74 + 5,8 91 SSW	2 trübe			
	10 758.95 + 4,4 100 S	1 trübe?			

*) Früh Nebel; Nachmittags und Abends Nebel.
*) Reif; Nachmittags von 1/5 Uhr an und Abends Regen. *) Reif. *) Reif. *) Abends Regen. *) Früh Regen und Nebel; Nachmittags regnerisch; Abends Nebel und Regen.